



Ungerecht: Gratis in den Kindergarten erst ab drei.

## WARUM NICHT FÜR ALLE KINDER?

# Kindergarten auch für Kleinste gratis!

Die KPÖ drängt darauf, dass auch Unter-Dreijährige kostenlos betreut werden.

Am 2. September hat der Landtag die kostenlose Kinderbetreuung im ganzen Bundesland abgesegnet. Damit wird eine langjährige Forderung der KPÖ erfüllt. Allerdings sind die Maßnahmen aus Sicht der KPÖ unvollständig, weil sie nur die Gruppe der Über-Dreijährigen umfassen, so KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler.

Die KPÖ wird deshalb weiter darauf drängen, auch die Unter-Dreijährigen einzubeziehen. Die vielbeschworene Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Vermittlung von umfassenden Basiskompetenzen – vor allem in der frühen sprachlichen Förderung – sollte als Vorbereitung für den Schulbesuch auch in dieser Altersgruppe möglich sein.

Dazu brauche man mehr

Kinderbetreuungsplätze für Kinder im Alter von null bis drei Jahren, betont Klimt-Weithaler. Berufstätige Eltern, darunter vor allem Alleinerzieherinnen, benötigen Betreuungsangebote für Kinder im Kleinkindalter, um ihnen die Bewältigung des Alltags zu erleichtern.

Die Einbindung der Kinderkrippen würde nach Auskunft der Beamten der zuständigen Fachabteilung im Vergleich zu den Gesamtkosten nur geringe Mehrkosten verursachen. Claudia Klimt-Weithaler: „In Frankreich und Finnland gibt es einen gesetzlich garantierten Anspruch auf Kindertagesbetreuung. Dadurch ist es dort gelungen, die Geburtenraten zu erhöhen und gleichzeitig die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern zu verringern. Derzeit stagniert das Angebot in Kinderkrippen in der Steiermark bei 1000 Betreuungsplätzen, damit können wir uns nicht begnügen.“

## KPÖ HANDELT, WÄHREND ANDERE NUR REDEN

# Stadt Graz macht Mieterhöhung nicht mit

Die Stadt Graz verzichtet auf die mit 1. Oktober mögliche Erhöhung der Mieten bei Gemeindewohnungen. Ziehen private Vermieter jetzt mit?

Die Stadt Graz setzt ein Zeichen gegen die Teuerung. Der Stadtsenat beschloss anfang September einstimmig auf Antrag von Wohnungsstadträtin Elke Kahr (KPÖ), bei den Gemeindewohnungen auf die mit 1. Oktober fällige Erhöhung

dem steirischen Richtwert liegt und dass durch das von der KPÖ ins Leben gerufene Mietzinszahlungsmodell sichergestellt ist, dass in den Gemeindewohnungen niemand mehr als ein Drittel des Familieneinkommens für die Wohnungskosten aufwenden muss.

Die KPÖ-Politikerin: „Leider hat die Politik auf Bundesebene

**„Die Stadt Graz hat mit dem Verzicht auf Mieterhöhung ein Zeichen gegen die Teuerung gesetzt. Wir hoffen nun, dass Bauträger und private Vermieter mitziehen und ebenfalls nicht erhöhen!“**

**KPÖ-Stadträtin Elke Kahr**

ne es verabsäumt, wirksame Barrieren gegen die Mietpreisexlosion zu schaffen. Die Erhöhung der Richtwertmieten kommt der Bauer

lobby zugute und bringt den Vermietern immer höhere Gewinne, während immer mehr MieterInnen bis zu 80 % ihres Einkommens fürs Wohnen ausgeben. Was die KPÖ in Graz erreicht hat, sollte bundesweit möglich sein, vorausgesetzt, die regierenden Parteien würden sich für die Sorgen und Nöte der kleinen Leute interessieren.“

Zeichen gegen Teuerung: Die Mieten in den Grazer Gemeindewohnungen werden nicht erhöht!

